

N i e d e r s c h r i f t
über die 52. - öffentliche - Sitzung
des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen
und Digitalisierung
am 6. September 2024
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zur aktuellen Lage des VW-Konzerns**
Einbringung des Antrags 5
Beschluss über den Antrag 5
2. **Transformation der Wirtschaft durch Innovation aktiv gestalten und Niedersachsen zum Start-up-Land ausbauen**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5073](#)
Einbringung des Antrags 6
Verfahrensfragen..... 6
3. **Ausbildungen attraktiver aufstellen: Mit einer Praktikumsprämie für technische und handwerkliche Berufe in unsere Wirtschaft, Gesellschaft und Zukunft investieren!**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2226](#)
(abgesetzt) 8

4. **Ausbau der Windenergie beschleunigen - Rahmenbedingungen für Lkw-Transporte verbessern - Genehmigungsverfahren zukunftsorientiert aufstellen!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3986](#)

Fortsetzung der Beratung 9

Weiteres Verfahren 9

5. a) **Zukunftssicherung und Innovation: Für eine starke Automobilindustrie in unserem Land!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2460](#)

b) **Transformation unterstützen, Innovation fördern - Niedersachsens Automobil-industrie zukunftsfähig aufstellen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -
[Drs. 19/4265](#)

Fortsetzung der Beratung 10

Beschluss 11

Beschluss zu b gemäß § 95 a Abs. 1 GO LT 11

6. **Technologieoffen in die Zukunft - es braucht das Aus vom Verbrenner-Aus!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3644](#)

Fortsetzung der Beratung 12

Beschluss 14

7. **Niedersachsens Wirtschaft zukunftsfähig und klimafreundlich aufstellen - Transformation gemeinsam gestalten**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5191](#)

Einbringung des Antrags 15

Verfahrensfragen 16

8. **Vorreiterrolle für Niedersachsen: Jetzt Grundlagen für „autonome Zukunftsprojekte“ legen!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5194](#)

Einbringung des Antrags 17

Verfahrensfragen 17

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Reinhold Hilbers (CDU), stellv. Vorsitzender
2. Abg. Thordies Hanisch (i. V. d. Abg. Matthias Arends) (SPD)
3. Abg. Christoph Bratmann (SPD)
4. Abg. Gerd Hujahn (i. V. d. Abg. Oliver Ebken) (SPD)
5. Abg. Frank Henning (SPD)
6. Abg. Dr. Dörte Liebetruth (i. V. d. Abg. Stefan Klein) (SPD)
7. Abg. Sabine Tippelt (SPD)
8. Abg. Veronika Bode (i. V. d. Abg. Uwe Dorendorf) (CDU)
9. Abg. Christian Frölich (CDU)
10. Abg. Marcel Scharrelmann (CDU)
11. Abg. Colette Thiemann (CDU)
12. Abg. Stephan Christ (GRÜNE)
13. Abg. Heiko Sachtleben (GRÜNE)
14. Abg. Omid Najafi (AfD)

Von der Landtagsverwaltung:

Beschäftigte Kahlert-Kirstein.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Schröder, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 10.32 Uhr bis 11.01 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:*Billigung von Niederschriften*

Der **Ausschuss** billigt die Niederschrift über die 50. Sitzung.

*

Absetzen des Punktes 3 von der Tagesordnung:

Ausbildungen attraktiver aufstellen: Mit einer Praktikumsprämie für technische und handwerkliche Berufe in unsere Wirtschaft, Gesellschaft und Zukunft investieren!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2226](#)

Abg. **Christian Frölich** (CDU) weist darauf hin, dass die Landesregierung in einer Gesprächsrunde am Rande des jüngsten Plenarsitzungsabschnitts zu einigen Punkten des Entschließungsantrags Klärungsbedarf signalisiert habe, und regt aus diesem Grunde an, den Entschließungsantrag heute von der Tagesordnung abzusetzen und nach vorheriger Abstimmung mit dem Ausschussvorsitzenden dessen weitere Beratung gegebenenfalls für die nächste Sitzung vorzusehen.

Der **Ausschuss** beschließt daraufhin einvernehmlich, den Entschließungsantrag heute von der Tagesordnung abzusetzen und ihn nach Abstimmung mit dem Ausschussvorsitzenden gegebenenfalls auf die Tagesordnung der Sitzung am 13. September 2024 zu nehmen.

* * *

Tagesordnungspunkt 1:

Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zur aktuellen Lage des VW-Konzerns

Schreiben der Fraktion der CDU vom 3. September 2024

Einbringung des Antrags

Abg. **Marcel Scharrelmann** (CDU) erklärt, der Volkswagen-Konzern habe Anfang der Woche einen massiven Stellenabbau angekündigt und auch Werkschließungen nicht ausgeschlossen. Aus Betriebsversammlungen sei darüber hinaus kolportiert worden, dass der Konzern sogar Zusagen im Bereich der Ausbildung nicht mehr einhalten wolle. Der Volkswagen-Konzern sei in Niedersachsen ein extrem wichtiger Arbeitgeber. Auch in der nachgelagerten Zulieferbranche sorgten die Ankündigungen des Volkswagen-Konzerns für massive Sorgen. Daneben seien weitere Strukturen in Gefahr. Vor diesem Hintergrund bitte die Fraktion der CDU um möglichst zeitnahe Unterrichtung durch die Landesregierung, vertreten durch das inhaltlich zuständige Wirtschaftsministerium.

Nach interfraktioneller Abstimmung mit dem Herrn Wirtschaftsminister habe dieser nunmehr angeboten, den Ausschuss am 10. September 2024 zu unterrichten. Die Fraktion der CDU sei dankbar, dass die Unterrichtung sehr zeitnah erfolge. Sie hätte sich in Anbetracht der hohen Verunsicherung, die seit Anfang der Woche überall im Lande - an allen VW-Standorten - zu spüren sei, aber gewünscht, dass die Unterrichtung schon heute hätte erfolgen können, und sie hätte sich darüber hinaus gewünscht, wenn die eine oder andere Information genauso wie bei der politischen Diskussion um die Lage der Meyer-Werft seitens der Landesregierung pro-aktiv in den Ausschuss hineinkommuniziert worden wäre. Sofern die Unterrichtung am 10. September 2024 Informationen enthalten sollte, die nur in vertraulicher Sitzung weitergegeben werden könnten, werde seine Fraktion sich eines entsprechenden Verfahrensbeschlusses nicht verschließen.

Abg. **Christoph Bratmann** (SPD) teilt die Ansicht, dass eine Unterrichtung durch die Landesregierung dringlich sei, und begrüßt daher die erfolgte interfraktionelle Verständigung über die Entgegennahme einer Unterrichtung durch Herrn Wirtschaftsminister Lies in einer zusätzlich einberufenen Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 10. September 2024 nachdrücklich.

Er berichtet, dass die Mitglieder der SPD-Fraktion, in deren Wahlkreis VW Standorte habe, an Betriebsversammlungen des VW-Konzerns teilgenommen hätten und insofern über die Stimmung in der Belegschaft im Bilde seien, und spricht die Erwartung aus, dass die Lage bei VW Gegenstand der nächsten Sitzungen des Wirtschaftsausschusses sowie des nächsten Plenarsitzungsabschnittes sein werde.

Beschluss über den Antrag

Der **Ausschuss** stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU auf Unterrichtung einvernehmlich zu.

Es besteht Einvernehmen darüber, dass die Unterrichtung im Rahmen einer Sondersitzung des Ausschusses am 10. September 2024 ab 12 Uhr durch Herrn Minister Lies erfolgt.

Tagesordnungspunkt 2:

Transformation der Wirtschaft durch Innovation aktiv gestalten und Niedersachsen zum Start-up-Land ausbauen

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5073](#)

direkt überwiesen am 21.08.2024

federführend: AfWVBuD;

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 2 GO LT: AfHuF

Einbringung des Antrags

Abg. **Colette Thiemann** (CDU) bringt den direkt überwiesenen Entschließungsantrag wie folgt ein:

Wer die Tagesordnung der heutigen Sitzung betrachtet, der erkennt, dass Niedersachsen in wirtschaftlicher Hinsicht vor großen Herausforderungen steht.

Die gesamte Start-up-Szene ist neben unseren Wachstumsunternehmen und den KMU der Motor von Innovation und technologischem Fortschritt. Wir müssen in Niedersachsen jetzt aber auch mit der Schaffung von Rahmenbedingungen für diese Unternehmungen dringend Schritt halten. Wir stehen in großem Konkurrenzdruck zu den Anrainer-Bundesländern. Die Zukunft für eine moderne Wirtschaft funktioniert nur, wenn wir entsprechende Rahmenbedingungen und Anreizfaktoren schaffen.

Mit unserem Antrag greifen wir zum einen schon bestehende Projekte auf und bitten um deren Verstetigung, zum anderen erheben wir weitere Forderungen, damit auch in Zukunft eine Fortentwicklung sichergestellt ist. Insbesondere ist darauf zu verweisen, dass auch bundeseitig Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen. Der Prozess im Rahmen der Gründung ist immer noch hochbürokratisch. Wir müssen von der Bundesregierung fordern, dass dieser Prozess entbürokratisierend angepasst wird. Wir müssen auch die Förderrichtlinien, die dem Gedanken der Start-up-Szene nicht entsprechen, in Teilen anpassen, weil die aktuelle Aufstellung von Förderrichtlinien und die Anschubfinanzierungen von ganz anderen Voraussetzungen ausgehen.

Verfahrensfragen

Abg. **Colette Thiemann** (CDU) bittet unter Hinweis auf die im Antrag erhobene Forderung nach einer Verstetigung der Mittel für Hightech-Inkubatoren und Start-up-Zentren um mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung zum Inhalt des Entschließungsantrags und zu den Plänen, die die Landesregierung zur Förderung und zur Hilfe von Start-ups verfolge.

Abg. **Christoph Bratmann** (SPD) stimmt der Entgegennahme einer mündlichen Unterrichtung durch die Landesregierung zu. Sie könne einen Überblick über die Maßnahmen geben, die die Landesregierung für die Start-up-Szene bereits ergriffen habe, sollte aber auch Möglichkeiten

aufzeigen, wie Start-ups geholfen werden könne, sich nach der Gründungsphase im laufenden Betrieb auf dem freien Markt zu behaupten.

Der - federführende - **Ausschuss** beschließt einvernehmlich eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung.

Tagesordnungspunkt 3:

Ausbildungen attraktiver aufstellen: Mit einer Praktikumsprämie für technische und handwerkliche Berufe in unsere Wirtschaft, Gesellschaft und Zukunft investieren!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2226](#)

direkt überwiesen am 06.09.2023

federführend: AfWVBuD;

mitberatend: KultA;

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 2 GO LT: AfHuF;

Stellungnahme gem. § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT: AfSAGuG

Der **Ausschuss** hat den Punkt vor Eintritt in die Tagesordnung auf Wunsch der Fraktion der CDU abgesetzt.

Tagesordnungspunkt 4:

**Ausbau der Windenergie beschleunigen - Rahmenbedingungen für Lkw-Transporte verbessern
- Genehmigungsverfahren zukunftsorientiert aufstellen!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3986](#)

erste Beratung: 38. Plenarsitzung am 18.04.2024
AfWVBuD

Der Ausschuss hat in seiner 36. Sitzung beschlossen, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten. Die Landesregierung hat die schriftliche Unterrichtung mit Schreiben vom 14. August 2024 vorgelegt.

Fortsetzung der Beratung

Abg. **Stephan Christ** (GRÜNE) legt dar, die Koalitionsfraktionen hätten sich durch den Bewilligungsstau von Anträgen auf Genehmigung für Großraum- und Schwertransporte im Zusammenhang mit dem Ausbau der Windenergie zu dem zur Beratung anstehenden Entschließungsantrag veranlasst gesehen. Die seinerzeit bestehenden Probleme seien, wie aus der schriftlichen Unterrichtung hervorgehe, behoben. Ungeachtet dessen sei es weiterhin wichtig, den Fokus auf die Genehmigungsverfahren zu legen. Er teile die Ansicht des Wirtschaftsministeriums, dass das Erlaubnis- und Genehmigungsverfahren möglichst einfach, möglichst digital und möglichst unbürokratisch abgewickelt werden sollte. Das Nadelöhr sei nach wie vor die Straßeninfrastruktur, deren Qualität weiter abnehme, mit bedauerlichen negativen Folgewirkungen für das Erlaubnis- und Genehmigungsverfahren.

Zum weiteren Verfahren berichtet der Abgeordnete, dass sich die Koalitionsfraktionen unter dem Eindruck des Inhalts der schriftlichen Unterrichtung durch das Wirtschaftsministerium darauf verständigt hätten, einen Änderungsvorschlag zu ihrem Entschließungsantrag einzubringen.

Weiteres Verfahren

Der **Ausschuss** verständigt sich darauf, den Eingang des seitens der Koalitionsfraktionen angekündigten Änderungsvorschlags abzuwarten und die Beratungen danach fortzusetzen.

Tagesordnungspunkt 5:

a) Zukunftssicherung und Innovation: Für eine starke Automobilindustrie in unserem Land!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2460](#)

b) Transformation unterstützen, Innovation fördern - Niedersachsens Automobilindustrie zukunftsfähig aufstellen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/4265](#)

Zu a) erste Beratung: 22. Plenarsitzung am 11.10.2023

federführend: AfWVBuD;

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF

Zu b) erste Beratung: 40. Plenarsitzung am 16.05.2024

AfWVBuD

Die Fraktion der CDU hatte zu ihrem Entschließungsantrag mit Schreiben vom 12. Juni 2024 einen Änderungsvorschlag vorgelegt (vgl. Vorlage 7)

Fortsetzung der Beratung

Abg. **Marcel Scharrelmann** (CDU) führt aus, die Anliegen, die die Fraktionen mit ihren Entschließungsanträgen verfolgten, seien angesichts der aktuellen Situation des Volkswagen-Konzerns von äußerster Brisanz. Der Entschließungsantrag seiner Fraktion liege bereits seit Oktober 2023 vor. Der Ausschuss habe in der 24. Sitzung am 12. Januar 2024 eine große mündliche Anhörung von Sachverständigen durchgeführt und in der 50. Sitzung am 9. August 2024 eine Unterrichtung durch das Wirtschaftsministerium entgegengenommen. Nach Ansicht seiner Fraktion seien beide Anträge ausreichend beraten worden und somit beschlussreif. Er bitte darum, dass der Ausschuss heute über beide Entschließungsanträge beschließe, damit das September-Plenum erreicht werde.

Abg. **Christoph Bratmann** (SPD) erklärt, beide Anträge seien im Ausschuss bereits seit geraumer Zeit sehr intensiv beraten worden und somit auch nach seinem Eindruck jetzt beschlussreif. Besondere Brisanz hätten beide Anträge durch die aktuelle Situation beim Volkswagen-Konzern erhalten. Die Fraktionen hätten schon bei der Einbringung der Anträge im Plenum diskutiert, dass beide Anträge Gemeinsamkeiten aufwiesen, etwa hinsichtlich des Willens zur Unterstützung der Transformation der Automobilindustrie. Ein Dissens bestehe allerdings darüber, ob das von der Europäischen Union beschlossene Verbrenner-Verbot für Neuzulassungen ab 2035 zurückgenommen werden sollte. Ein Beleg dafür sei der seitens der Fraktion der CDU vorgelegte Entschließungsantrag „Technologieoffen in die Zukunft - es braucht das Aus vom Verbrenner-Aus! - [Drs. 19/3644](#) (vgl. Tagesordnungspunkt 6).

Er schließe sich der Bitte seines Vorredners an, die Empfehlung an den Landtag zu beiden Anträgen heute abzugeben, um das September-Plenum zu erreichen. Im Plenum könnten die Koalitionsfraktionen und die Oppositionsfraktionen deutlich machen, an welchen Stellen sie bei der

Unterstützung der Automobilindustrie an einem Strang zögen und an welchen Stellen sie unterschiedliche Vorstellungen hätten. Die Fraktion der SPD, kündigt der Abgeordnete an, werde allerdings aufgrund der aktuellen Entwicklungen beim Volkswagen-Konzern zum September-Plenum einen Änderungsantrag zu ihrem Antrag vorlegen.

Beschluss

Der - federführende - **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrag zu a) in der Fassung der Vorlage 7 abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE, AfD

Ablehnung: CDU

Er empfiehlt dem Landtag, den Antrag zu b) unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Der Ausschuss bittet den Ausschuss für Haushalt und Finanzen, die Mitberatung so zeitnah durchzuführen, dass das September-Plenum erreicht wird.

Die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kündigen an, zum September-Plenum einen Änderungsantrag zu ihrem Antrag vorzulegen.

Beschluss zu b gemäß § 95 a Abs. 1 GO LT

Der - federführende - **Ausschuss** beschließt gemäß § 95 Abs. 1 GO LT einvernehmlich, die von der Landesregierung mit Schreiben vom 27. August 2024 vorgelegte vertrauliche schriftliche Beantwortung der offen gebliebenen Frage 1 bezüglich der Unterrichtung in der 50. Sitzung des Ausschusses am 9. August 2024 für vertraulich zu erklären.

Tagesordnungspunkt 6:

Technologieoffen in die Zukunft - es braucht das Aus vom Verbrenner-Aus!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3644](#)

erste Beratung: 36. Plenarsitzung am 15.03.2024

federführend: AfWVBuD;

mitberatend: AfUEuK

Fortsetzung der Beratung

Abg. **Marcel Scharrelmann** (CDU) erklärt, ebenso wie die anderen Entschließungsanträge zum Thema Automobile behandle auch dieser Entschließungsantrag ein Thema, das seit dem vergangenen Montag, an dem der Volkswagen-Konzern massiven Stellenabbau bis hin zu Werkschließungen angekündigt habe, wieder verstärkt die Schlagzeilen bestimme.

Der Volkswagen-Konzern, aber auch die anderen deutschen Automobilhersteller wie BMW und Mercedes berichteten, dass die Verkaufszahlen elektroangetriebener Fahrzeuge nicht die erhofften Größenordnungen erreichten.

Seine Fraktion wolle die Zukunft der automobilen Antriebe technologieoffen gestalten. Sie wolle das Verbrenner-Aus nicht komplett infrage stellen, es aber zumindest eine Zeitlang hinauszögern, um allen Akteuren „mehr Luft zum Atmen zu lassen“. Die ausschließliche Fokussierung auf die Elektromobilität sei keine Lösung. Darin habe ihn, Abg. Scharrelmann, ein Kommentar in den „Tagesthemen“ bestärkt, wonach gerade im Schwerlastbereich auch andere Antriebstechnologien benötigt würden.

Die Fraktion der CDU sei sehr daran interessiert, dass der Entschließungsantrag aufgrund der aktuellen Lage in der Automobilindustrie das September-Plenum erreiche, und bitte deshalb darum, dass der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz seine Mitberatung zeitnah durchführen möge.

Abg. **Christoph Bratmann** (SPD) berichtet, er habe am Vortage während einer Betriebsversammlung am Standort Braunschweig des Volkswagen-Konzerns den Eindruck gewonnen, dass sich Betriebsrat und Konzernvorstand im Moment in vielen Punkten nicht einig seien. Einig dagegen seien sich Betriebsrat und Konzernvorstand darin, dass Verzögerungen des beschlossenen Verbrenner-Aus nicht hilfreich seien.

Die Ursache für rückläufige Absatzprobleme sei, dass der Volkswagen-Konzern es verschlafen habe, attraktive Modelle im Bereich der Elektromobilität zu entwickeln, und dass mit dem Anstieg der verkauften elektrisch angetriebenen Automobile das Verkaufsvolumen der Automobile, die mit einem Verbrennungsmotor ausgestattet seien, massiv schrumpfe. Das Zeitfenster, in dem sich mit Verbrennungsmotoren ausreichend hohe Margen verdienen ließen, werde somit immer kleiner. An dieser Entwicklung ließe sich auch durch die Abschaffung des beschlossenen Verbrenner-Aus 2035 nichts ändern.

Die nachgelagerte Zulieferbranche gerate durch die sinkenden Verkaufszahlen der Automobilhersteller in Probleme. Gerade die Unternehmen, die speziell auf das Teilesortiment für Verbrenner-Pkw ausgerichtet seien, etwa indem sie Zylinderköpfe oder Ventile herstellten, stünden unter einem erheblichen Veränderungsdruck. Durch ein Hinauszögern des Verbrenner-Aus wäre für diese Unternehmen mittelfristig nichts gewonnen. Aussagen ausgewiesener Automobilexperten zufolge werde der Weltmarkt nicht darauf warten, bis Deutschland irgendwann einmal die Umstellung auf Elektromobile bewältigt habe, sondern er werde einfach keine Verbrenner-Pkw aus Deutschland mehr nachfragen.

Die Fraktion der SPD befürworte es, dass auch dieser Antrag zum Thema Automobile im September-Plenum abschließend behandelt werde, und bitte daher darum, heute die Ausschussempfehlung an den Landtag abzugeben.

Abg. **Heiko Sachtleben** (GRÜNE) äußert sich im Sinne seines Vorredners.

Zu den Vorstellungen der Antragstellerin eines „Aus vom Verbrenner-Aus“ erklärt er: Die Konzernführung von VW habe sich explizit dafür ausgesprochen, dass die Politik den elektrischen Antriebsstrang konsequent - „ohne zu wackeln“ - unterstützen solle. Es gebe handfeste wirtschaftliche Gründe, sich von dem Automobil, das von einem Verbrennungsmotor angetrieben werde, ab- und dem elektrisch angetriebenen Automobil zuzuwenden. VW habe Jahrzehnte in China sehr gute Geschäfte mit Automobilen mit Verbrennungsmotoren gemacht. Lange Zeit sei argumentiert worden, dass der Verbrennungsmotor gerade für den chinesischen Markt gebraucht werde und dort das Geld verdient werde, mit dem die Entwicklung der Elektromobilität für den europäischen Markt finanziert werden könne.

Der Absatzmarkt China sei nun aber bedauerlicherweise weggebrochen. Stattdessen setze China die europäischen Automobilhersteller mit einer wahren Flut von neuen, elektrisch angetriebenen Automobilen verschiedener chinesischer Hersteller massiv unter Druck. Angesichts dieser Entwicklung sei sicher anzunehmen, dass Automobile mit Verbrennungsmotoren schon in sehr kurzer Zeit auf dem chinesischen Markt nicht mehr nachgefragt würden. Der Verbrennungsmotor habe daher keine Perspektive mehr. Es sei wichtig, dass in Bezug auf Pkw jetzt der erfolgreiche Weg in Richtung des elektrischen Antriebsstrangs weitergegangen werde. Das schließe nicht aus, dass in Bezug auf den Schwerlastverkehr, Spezialfahrzeuge und landwirtschaftliche Fahrzeuge auch über andere als elektrische Antriebsstränge diskutiert werden könne.

Abg. **Omid Najafi** (AfD) bemerkt, in der Anhörung, die der Ausschuss zur Zukunft der Automobilindustrie durchgeführt habe, sei berichtet worden, dass in Indien etwa 300 Millionen Menschen durch Wachstum neuen Wohlstand erführen und dieser sich auch in höherer Nachfrage nach Automobilen bemerkbar machen werde. Vor diesem Hintergrund bestünden nach Ansicht der Fraktion der AfD weiterhin gute Aussichten für eine weltweit anhaltende Nachfrage nach Automobilen mit Verbrennungsmotoren. Ein weiteres Indiz müsse doch nachdenklich stimmen: Das Kraftfahrt-Bundesamt habe im August 2024 bei den Neuzulassungen von Elektromobilen ein Minus von 68,8 % gegenüber dem August 2023 registriert. Im Juli habe das Minus bei 36,8 % gelegen. Es sei offensichtlich, dass die Verkaufserfolge bei Elektromobilen ausschließlich subventionsgetrieben seien.

Die AfD-Fraktion werde sich bei der Beschlussfassung enthalten, weil zumindest der Tenor dieser parlamentarischen Initiative, der in der Überschrift des Entschließungsantrags zum Ausdruck komme, aus ihrer Sicht sehr erfreulich sei.

Beschluss

Der - federführende - **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Umwelt, Energie und Klimaschutz, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

Tagesordnungspunkt 7:

Niedersachsens Wirtschaft zukunftsfähig und klimafreundlich aufstellen - Transformation gemeinsam gestalten

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5191](#)

direkt überwiesen am 03.09.2024

AfWVBuD

Einbringung des Antrags

Abg. **Heiko Sachtleben** (GRÜNE) stellt mit Blick auf die aktuelle Presseberichterstattung zu den Plänen des Vorstandes des Volkswagen-Konzerns fest, dass der Ausschuss ebenso wie bei der Beratung des Antrags der Fraktion der CDU „Zukunftssicherung und Innovation: Für eine starke Automobilindustrie in unserem Land! - [Drs. 19/2460](#) - und der Beratung des Antrags der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Transformation unterstützen, Innovation fördern - Niedersachsens Automobilindustrie zukunftsfähig aufstellen - [Drs. 19/4265](#) -, die heute als Punkt 5 der Tagesordnung abgeschlossen worden seien, auch bei der Beratung des Antrags „Niedersachsens Wirtschaft zukunftsfähig und klimafreundlich aufstellen - Transformation gemeinsam gestalten“ - [Drs. 19/5191](#) von der Aktualität der Ereignisse eingeholt werde, mit der Folge, dass der Ausschuss im Beratungsverfahren unter einen gewissen Zeitdruck gerate.

Die Entwicklungen beim Volkswagen-Konzern zeigten, dass die Transformation nicht nur in technischer Hinsicht diskutiert werden müsse, sondern dass dabei auch soziale Folgen Beachtung finden müssten. Die Angst vieler Arbeiterinnen und Arbeiter, die beim Volkswagen-Konzern beschäftigt seien, sei nachvollziehbar.

Mit dem vorliegenden Antrag solle ein Weg gefunden werden, um die sozial-ökologische Transformation zu betonen. Als Einstieg in die Antragsberatung rege er, Abg. Sachtleben, eine mündliche Unterrichtung des Ausschusses durch die Landesregierung an.

Abg. **Christian Frölich** (CDU) erklärt, als er den Antrag gelesen habe, habe er sich angesichts bereits bestehender Institutionen und ergriffener Maßnahmen gefragt, welchen Mehrwert er wohl erzeugen werde. Die „Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit“ sei eine Kooperation zwischen Landesregierung, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Kammern, deren Hauptziel die Förderung der nachhaltigen Entwicklung in Unternehmen und damit die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Niedersachsen sei. Die Transformationsagentur Niedersachsen biete Orientierung bei der Transformation und Vernetzung mit erfolgreichen Experten und begleite Unternehmen bei dem bevorstehenden Transformationsprozess und biete tiefergehende Beratung und Orientierung bei der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und passender Technologien an. Daneben stünden Kammern und Verbände in engen Kontakten mit der Sozialpartnerschaft in den Betrieben. In Südniedersachsen agiere die SüdniedersachsenStiftung mit Angeboten zur Transformation der Wirtschaft. Die Wirtschaft habe sich somit längst auf den Weg in die Transformation begeben. Sie brauche nicht, wie in dem Antrag gefordert werde, „regionale Transformationsworkshops“, ein „Fortschritts-Monitoring ‚Transformation für Niedersachsen‘“ sowie

„einen regelmäßig wiederkehrenden Transformationsgipfel“. Sie brauche vielmehr jetzt Beschlüsse, mit denen sie arbeiten könne.

Die Harz Guss Zorge GmbH beispielsweise warte immer noch darauf, dass ihr die Niedersächsische Landesregierung grünes Licht gebe für die Kostenübernahme der Stromzuführung. Dieses

Unternehmen habe den festen Willen, zu transformieren, scheitere mit seinem Vorhaben aber an fehlenden Zusagen. Ein weiteres Beispiel aus seiner Region sei das Unternehmen Jacobi Tonwerke GmbH in Bilshausen, das zwar transformieren wolle, aber keinen Partner auf der Seite der Förderungsgeber habe, der verstehe, worum es dem Unternehmen gehe.

Nach Ansicht der Fraktion der CDU müsse Landespolitik jetzt „ins Handeln kommen“. Entsprechende Hinweise darauf aber vermisse er bei der Lektüre des Entschließungsantrags der Koalitionsfraktionen. Der Unterrichtung durch die Landesregierung, bemerkt der Abgeordnete abschließend, sehe seine Fraktion erwartungsvoll entgegen.

Verfahrensfragen

Der **Ausschuss** verständigt sich einvernehmlich auf eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung.

Tagesordnungspunkt 8:

Vorreiterrolle für Niedersachsen: Jetzt Grundlagen für „autonome Zukunftsprojekte“ legen!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5194](#)

direkt überwiesen am 05.09.2024

AfWVBuD

Einbringung des Antrags

Abg. **Marcel Scharrelmann** (CDU) erläutert, der Antrag zielt darauf ab, das autonome Fahren in Niedersachsen weiter zu erforschen. Nach Ansicht von Experten sei autonomes Fahren neben der Elektromobilität einer der großen Gamechanger in der Automobilbranche. In Deutschland ließen sich in diesem Bereich noch große Potenziale heben - auch deshalb, weil die ausländischen, insbesondere asiatischen Automobilhersteller hier noch nicht enteilt seien.

Das in Niedersachsen bestehende Testfeld im Dreieck Braunschweig-Hildesheim-Hannover, das bisher auf Autobahnen und Bundesstraßen begrenzt sei, sollte nach Ansicht der Fraktion der CDU weiter ausgebaut werden. Die Chancen, die sich aus den Erfahrungen in diesem Testfeld ergäben, sollten zur Stärkung des wichtigen Zukunftstrends des autonomen Fahrens in Niedersachsen und zum Ausbau der Vorreiterrolle der deutschen Automobilbranche genutzt werden.

Als Einstieg in die Beratungen rege er eine schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung an.

Abg. **Christoph Bratmann** (SPD) bemerkt, das autonome und vernetzte Fahren gerate in der Diskussion um die Zukunft der Automobilität meistens in den Hintergrund, weil im Mittelpunkt der Diskussion ständig die Antriebsarten stünden. Aus diesem Grunde befürworte er die Anregung einer schriftlichen Unterrichtung durch die Landesregierung.

Abg. **Heiko Sachtleben** (GRÜNE) gibt - augenzwinkernd - zu bedenken, dass der Hinweis auf „autonome Zukunftsprojekte“ auch falsch verstanden werden könnte, und empfiehlt der Fraktion der CDU, insoweit bei der Überschrift ihres Entschließungsantrags nachzubessern.

Verfahrensfragen

Der **Ausschuss** verständigt sich einvernehmlich auf eine schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung.
